

Der Umgang mit Selbsttötungen in der DDR 1949–1990



VON
UDO GRASHOFF

Die DDR gehörte zu den Staaten, in denen überdurchschnittlich viele Menschen durch eigene Hand starben. Im weltweiten Vergleich der Suizidraten nahm der „erste sozialistische Staat auf deutschem Boden“ seit seinem Bestehen einen Spitzenplatz ein. Gegenüber der Bundesrepublik waren die Suizidraten durchgängig etwa anderthalbfach höher.

War das eine Folge der SED-Diktatur? Hat, wie in der Bundesrepublik spekuliert wurde, „der totalitäre Marxismus-Leninismus gerade in Verbindung mit der Tradition des preußischen Etatismus nach Art der DDR ‚erhebliche suicidogene Faktoren‘“ erzeugt? DDR-Oppositionelle ebenso wie bundesdeutsche Publizisten interpretierten die hohe Selbstmordrate, analog zu den grundlegenden Arbeiten des französischen Soziologen Emile Durkheim, als Maß für soziale Pathologie, und machten wie Durkheim die Gesellschaft für die Höhe der Selbstmordrate verantwortlich. Doch so einfach, wie es die polemische Formulierung „in den Tod getrieben“ suggerieren will, war und ist der Zusammenhang zwischen repressivem politischem System und individueller Verzweiflungstat nicht. Bereits nach dem Bau der Berliner Mauer Anfang der 1960er Jahre führten Sozialhygieniker aus der DDR und der Bundesrepublik darüber eine Debatte. Diese wiederholte sich mit ganz ähnlichen Argumenten nach dem Ende der DDR 1990/1991.

In beiden Debatten zeigte sich, dass die Behauptung, in Diktaturen würden mehr Menschen Selbstmord begehen als in Demokratien, allein anhand der Statistiken nicht verifizierbar ist. Zwar war die Suizidrate in der DDR immer deutlich höher als in der Bundesrepublik – diese Tatsache wurde aber schon auf den korrespondierenden Territorien des Kaiserreiches beobachtet: Bereits im 19. Jahrhundert hatte man in Sachsen und Thüringen überdurchschnittlich hohe Selbstmordraten zu registrieren. Damit wird die Auffassung des französischen Suizidforschers Jean Baechler bestätigt, dass die Selbstmordrate eine für bestimmte Ethnien und Regionen charakteristische Konstante ist, die sich nur sehr langfristig ändert.

Dennoch lässt sich für die DDR eine überzufällige Schwankung nachweisen. Anfang der 1960er Jahre stieg die Selbstmordrate um fast zehn Prozent an. Dieser Anstieg könnte eine Folge von Zwangskollektivierung oder/und Mauerbau gewesen sein. Anhand von Polizeiberichten aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt kann das bei der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960 erzeugte suizidale Klima minutiös nachgezeichnet werden. Damit kann nachgewiesen werden, dass die in bundesdeutschen Publikationen veröffentlichten Berichte über Verzweiflungstaten von Bauern im Kern der Wahrheit entsprachen. Die Gesamtzahl der Selbsttötungen war jedoch, in Relation zur Suizidrate, recht gering. Wahrscheinlicher ist ein suicidogener

Effekt durch den Mauerbau, da sich bei einer regionalen Analyse gezeigt hat, dass der Zuwachs der Suizidrate in den Mauer-nahen Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Ost-Berlin am stärksten war.

Erstaunlicherweise wirkten sich andere gravierende Ereignisse wie z. B. der Volksaufstand am 17. Juni 1953 nicht statistisch aus, obgleich bekannt ist, dass sich nach der Niederschlagung des Aufstands verhaftete Demonstranten in Einzelfällen (Berlin, Bitterfeld, Niesky) in der Untersuchungshaft das Leben nahmen.

Ähnliches ist allerdings auch hinsichtlich der nationalsozialistischen Herrschaft zu konstatieren. Weder die nationalsozialistische „Machtergreifung“ und die Errichtung des Konzentrationslagersystems 1933 noch die „Röhm-Affäre“ 1934 beeinflussten die Selbstmordrate spürbar. Lediglich die Pogrome der Reichskristallnacht sowie die Deportationen hatten massenhafte Selbstmorde unter der jüdischen Bevölkerung zur Folge, deren Selbstmordrate teilweise auf das Zehnfache anstieg. Selbstmordwellen dieses Ausmaßes gab es in der DDR nicht.

Politisch motivierte oder durch Repressionen verursachte Suizide waren in der SED-Diktatur sehr seltene Ereignisse, die auf Grund der hohen jährlichen Zahl von Suizidtoten (zeitweise mehr als 6 000) keine Spuren in den Statistiken hinterließen. Da es jedoch möglich ist, dass sich in der summarischen Suizidrate gegenläufige Tendenzen „verbergen“, wurde die Suizidhäufigkeit noch einmal eine Ebene tiefer, in drei Sektoren, hinterfragt: in der Nationalen Volksarmee, den Haftanstalten des MfJ sowie den Schulen.

Auf diesem Wege konnten Veränderungen in Mikromilieus der DDR-Gesellschaft nachgewiesen werden. Was die Gefängnisse anbelangt, so ergab die Auswertung der Vorkommismeldungen innerhalb des MfJ gravierende Änderungen in der Suizidhäufigkeit. Zwischen 1960 und 1972 sank die Suizidrate in den Haftanstalten um fast zwei Drittel. Lag sie um 1960 mit etwa 100 noch sehr hoch, unterschied sich die Suizidrate von Inhaftierten in den DDR-Gefängnissen in der Ära Honecker kaum noch von der durchschnittlichen Suizidhäufigkeit in der DDR. Ein ähnliches Ergebnis liefern auch die Statistiken der Nationalen Volksarmee. Ganz offenbar zeigen sich hier Homogenisierungstendenzen innerhalb der DDR-Gesellschaft. Dieser These soll weiter nachgegangen werden, indem auch regionale Verschiebungen in der Suizidhäufigkeit unter diesem Aspekt analysiert werden. Bisher wurde die hohe Suizidrate der DDR lediglich mit den traditionell hohen Raten von Thüringen und Sachsen begründet, wobei die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Blickfeld geriet; das soll, soweit es Material gibt, nachgeholt werden.

Was den quantitativen Aspekt des Suizidgeschehens anbelangt, so ist auch eine Erklärung für eine weitere, bisher offene Frage in Sicht. Seit etwa 20 Jahren ist die Suizidrate in Deutschland kontinuierlich gesunken, und dieser Trend begann nicht 1989, sondern Anfang der 1980er Jahre. Bisherige Versuche, diesen Trend durch aktuelle politische, ökonomische oder kulturelle Entwicklungen zu erklären, konnten nicht überzeugen. Demgegenüber ist durch eine Aufschlüsselung der Suizidraten nach Altersgruppen nachweisbar, dass der Prozess des Absinkens der Suizidraten in der DDR und die Annäherung der Suizidraten von Bundesrepublik und DDR bereits in den 1970er Jahren begann – in der Altersgruppe der 15–24jährigen, jener Generation also,

die erst ab ca. 1950 geboren wurde. Komplementäre Resultate ergab eine Kohortenanalyse (Dinkel, 1994), in der gezeigt wurde, dass die Generation der um 1930 Geborenen überdurchschnittlich stark suizidanfällig war. Insofern gehört es zu den wichtigsten Resultaten dieser Arbeit, dass es anhand von Mikroanalysen möglich ist, das Suizidgeschehen in der DDR in einen gesamteuropäischen Kontext und in langfristige Entwicklungslinien einzuordnen, und damit gleichzeitig die Besonderheiten der DDR herauszuarbeiten.

Angesichts der Homogenisierungstendenzen bei unverändert hoher Gesamtsuizidrate erhebt sich die Frage, wie sich diese Daten, die der SED-Führung bekannt waren, auf die Politik der SED auswirkten. Zu verzeichnen ist auf der einen Seite eine Vogel-Strauß-Politik, wie sie auch in anderen Politikfeldern praktiziert wurde. So führte der Anstieg der Suizidrate nach dem Mauerbau zur Geheimhaltung der Suizidstatistiken, die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Berlin jährlich, in Auswertung der Befunde von Leichenschauärzten, Gerichtsmedizinern und kriminalpolizeilichen Untersuchungen, mit nahezu preußischer Gründlichkeit erstellt wurden. Die Begründung für die Sekretierung der Daten war, dass man der Berichterstattung westlicher Medien über Suizide von DDR-Bürgern aus Verzweiflung über den Mauerbau den Boden entziehen wollte. Bemerkenswert ist, dass die SED diese Maßnahme nicht schon 1962, sondern erst 1963 verhängte, als klar wurde, dass die Suizidrate der DDR tatsächlich angestiegen war.

Im Gegensatz zu den Politbürokraten glaubten die mit dem Thema Suizid befassten Wissenschaftler der DDR, gute Argumente gegenüber den Kontrahenten in der Bundesrepublik zu haben. Die Tabuisierung der Daten bedeutete einen Rückschlag für die um das Jahr 1960 recht aktive epidemiologische Suizidforschung der DDR.

Gegen Ende der 1960er Jahre wurde das Tabu aber wieder etwas gelockert. Vor allem Psychiater und Psychologen, die sich als Teil der internationalen Bewegung zur Verhinderung von Suiziden engagierten, versuchten ein DDR-weites Programm zur Suizidprävention einzuleiten, das mit Unterstützung des DDR-Gesundheitsministeriums in Ansätzen auch realisiert wurde. Selbst Walter Ulbricht interessierte sich zeitweilig für dieses Thema und ließ sich im Jahr 1968 eine landesweite Studie zu Suiziden Jugendlicher anfertigen.

Anfang der 1970er Jahre war für die medizinische Suizidforschung der DDR eine Art „Blütezeit“. Mehrere Tagungen und Kongresse fanden statt, zahlreiche Artikel über Ursachen und Motive suizidalen Verhaltens wurden in Fachzeitschriften abgedruckt. In den psychiatrischen Kliniken in Dresden und Brandenburg entstanden „Betreuungsstellen für Suizidgefährdete“. Einer der wichtigsten Suizidforscher der DDR, Prof. Karl Seidel (beim MfS als HFIM „Steinert“ registriert), stellte seine Forschungsergebnisse auf den Kongressen der Internationalen Gesellschaft für Suizidprävention vor und stieg 1978 zum Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik des ZK auf.

Die umfangreiche Forschung wurde von der SED geduldet, und teilweise sogar (z. B. vom Bezirksarzt in Magdeburg) gefördert. In mehreren Orten entstand auch eine Kooperation von Suizidforschern und Kriminalpolizei. Maßgabe für alle Aktivitäten war aber immer, dass sie keine größere Öffentlichkeit erreichten, sondern auf fachliche Kreise beschränkt blieben.

Parallel zu den Initiativen der Mediziner wurde das Thema Selbsttötung aber auch in der DDR-Gesellschaft häufiger diskutiert. Vor allem in der Gegenwartsliteratur, die teilweise die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit erfüllte, etablierte sich Selbsttötung in den 1970er Jahren schrittweise als literarisches Motiv. Auch diesen Prozess duldete die SED nicht nur, sondern unterstützte ihn teilweise aktiv, indem z. B. Günter Görlichs Roman (über die Reaktionen auf den Suizid eines Lehrers) „Eine Anzeige in der Zeitung“ zum offiziellen Vorbereitungsmaterial des VIII. Pädagogischen Kongresses erklärt wurde. Die positive Haltung der SED zu diesem Buch zeigt, dass die SED keine Probleme mit dem Thema Suizid an sich hatte, sondern lediglich die oft damit verbundene Kritik an den politischen Verhältnissen fürchtete.

Bis 1977 war es auch möglich, für Forschungszwecke die geheimen Suiziddaten zu nutzen. Dann verschärfte die SED nochmals, wiederum als Reaktion auf eine Politisierung des Suizidgeschehens, die Geheimhaltung. Im Sommer 1976 hatte sich der streitbare Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz öffentlich selbst verbrannt; danach versuchten mehrere Ausreisewillige, ihrem Antrag durch Suiziddrohungen Nachdruck zu verleihen. Zur selben Zeit erreichte die Suizidrate der DDR ein Maximum (was allerdings außer einigen führenden SED-Funktionären niemandem bekannt war).

Das Jahr 1977 wurde somit zu einem Krisenjahr. Das SED-Politbüro reagierte auf maximale Quantität und zunehmende Politisierung des Suizidgeschehens mit Verboten, die vor allem den medizinischen Bereich betrafen und einen drastischen Rückgang der Forschungen zu suizidalem Verhalten zur Folge hatten. Veröffentlichungen wurden verhindert und waren selbst innerhalb der Fachzeitschriften nur an entlegener Stelle möglich.

Aus Furcht vor „politischem Missbrauch“ behinderte die SED-Führung auch lange die von Psychiatern und Psychologen schon 1970 diskutierte Schaffung von suizidpräventiven Telefondiensten. Erst 1983 entstand in lokaler Eigeninitiative von SED-Bezirksleitung und Bezirksarzt des erste „Telefon des Vertrauens“ in Leipzig. Wenig später wurde in Dresden eine kirchliche „Telefonseelsorge“ aufgebaut, die von der SED angefeindet wurde, aber auf Grundlage der in der DDR gültigen Gesetze nicht verboten werden konnte. Erst danach forcierte die SED den landesweiten Ausbau der „Telefone des Vertrauens“. Dabei entwickelte sich geradezu ein „Wettkampf“ zwischen dem staatlichen Telefondienst und der ebenfalls im Aufbau befindlichen „Kirchlichen Telefonseelsorge“ in Berlin. Die Vermutung liegt nahe, dass die Telefondienste vom MfS für politische Zwecke missbraucht wurden; bisher konnte dafür aber noch kein einziger Beweis ermittelt werden.

Die verstärkte Politisierung suizidaler Handlungen wirkte in den 1980er Jahren fort, und zwar sowohl auf Seite der Herrschenden, als auch auf Seite der Suizidenten. So spielte die Form der Selbstverbrennung, des magisch anmutenden Fanals, Ende der 1970er und in den 1980er Jahren eine wichtige Rolle, mehrere Selbstverbrennungen, vor allem von Ausreisewilligen und Strafgefangenen, sind in den Akten des MfS dokumentiert. Spezialkommissionen untersuchte jeden dieser Fälle, und waren gleichzeitig bestrebt, jeglichen Informationsfluss in westliche Richtung zu unterbinden.

Waren Selbstverbrennungen (von Nicht-Psychotikern) meist als politischer Protest angelegt, so nutzten

Ausreisewillige die Drohung mit öffentlicher Selbsttötung teilweise auch als politisches Druckmittel. Dagegen brachte die DDR-Justiz den § 214 zum Einsatz und verhängte Haftstrafen wegen „Beeinträchtigung der Tätigkeit staatlicher Organe“.

In einigen Fällen wurden Selbsttötungen auch zum Kristallisationspunkt unangepassten bzw. widerständigen Verhaltens. So der Tod des 23jährigen Matthias Domaschk, der im April 1981 in der MfS-Untersuchungshaft in Gera erhängt aufgefunden wurde, nachdem er eine IM-Verpflichtungserklärung unterschrieben hatte.

Da die SED-Spitze die Suizidstatistiken bis 1990 unter Verschluss hielt, bemerkte niemand, dass die Suizidrate im letzten Jahrzehnt der DDR bei den Männern um 13, bei den Frauen sogar um 26 Prozent sank. Dieser Trend muss auch bei der Diskussion der sog. „Wende-Selbstmorde“ beachtet werden. Eine ganze Reihe von Funktionären, darunter drei Sekretäre von SED-Kreisleitungen, drei Chefs von MfS-Bezirksverwaltungen und ein Minister nahmen sich 1989/90 das Leben. Statistisch fiel das jedoch nicht ins Gewicht, da zur glei-

chen Zeit die allgemeine Suizidneigung sank. Im Jahr der friedlichen Revolution 1989 erreichte die Suizidrate den niedrigsten Wert seit Bestehen der DDR.

UDO GRASHOFF, 1966 in Halle/Saale geboren, seit Anfang 2002 Stipendiat der Stiftung – das Stipendium wurde zeitweilig aufgrund anderer Projekte unterbrochen –, schloss 1992 sein Biochemiestudium und 1999 ein Studium der Geschichte, Germanistik sowie allg. u. vgl. Literaturwissenschaft ab. Grashoff arbeitete als freier Journalist und bereitete Ausstellungen über den 17. Juni 1953 in Halle, in Bitterfeld-Wolfen sowie über den „Demokratischen Aufbruch“ vor. Grashoff trat 2001 nicht nur mit einer Publikation zu den Auswirkungen der Biermann-Ausbürgerung 1976 im Bezirk Halle, sondern auch mit dem Lyrikband „Ein Stück Schnee verteidigen“ in Erscheinung. 2004 erschienen die Publikationen: „Ich möchte jetzt schließen. Briefe vor dem Freitod“, Reclam Leipzig, sowie „Keine Gewalt! Die revolutionären Ereignisse im Herbst 1989 in Halle“.